



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

25.02.04

Rechtswidrigkeit der Dortmunder Polizeikessel

Presseerklärung

Nach mehr als drei Jahren hat sich der Dortmunder Polizeipräsident der Auffassung des Verwaltungsgerichtes Gelsenkirchens gebeugt, das keinen Anlass sah, von der bisherigen Rechtsprechung abzuweichen und das Vorgehen der Polizeimaßnahmen im Jahr 2000 als rechtswidrig bezeichnet. Der Polizeipräsident erklärte, dass er keine Chance mehr sehe, in dem von den Opfern des Polizeikessels angestrebten Verfahren zu obsiegen.

Aus Sicht der Betroffenen sowie des Kreisverbandes und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Reaktion des Polizeipräsidenten, der von einer „überraschend ungünstigen Bewertung der polizeilichen Maßnahmen“ sprach, in mehrfacher Hinsicht unverständlich und unzureichend.

Zum einen muss der Polizeibehörde spätestens seit dem Eilbeschluss des OVG NRW in 2001 klar gewesen sein, dass der Dortmunder Polizeikessel rechtswidrig war. Die Begründung: Die Demonstrationen mit der Einkesselungsfolge seien Versammlungen gewesen, die unter dem Schutz des Artikel 8 Abs. 1 des Grundgesetzes gestanden haben.

Zum anderen weigert sich die Polizeibehörde bis heute, die damaligen Entscheidungen als Fehler anzuerkennen und die Opfer förmlich zu rehabilitieren, obwohl sie längst dazu übergegangen ist, alternative und wesentlich erfolgreichere Einsatzkonzepte in ähnlichen Konfliktlagen anzuwenden.

Die Betroffenen erwarten, dass der Polizeipräsident öffentlich deutlich macht, dass er nicht nur aufgrund fehlender Erfolgchancen vor dem Verwaltungsgericht die Rechtswidrigkeit der Polizeikessel anerkennt, sondern aufgrund der Einsicht in eine fehlerhafte Entscheidung bei der Wahl der Strategie.



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Angelegenheit nicht auf sich beruhen lassen, sondern sowohl im Polizeibeirat als auch im Rat thematisieren. Ziel ist die vollständige Rehabilitation der Demonstranten in Bezug auf den Vorwurf der Gewaltbereitschaft und die klare Zusage, dass die Polizei zukünftig von Einkesselungsstrategien Abstand nimmt und Einsatzkonzepte verfolgt, die vorrangig auf Information und Kommunikation bauen und erfolgreich erprobt worden sind. Vom Polizeipräsidenten werden wir eine öffentliche Entschuldigung einfordern. Darüber hinaus werden die GRÜNEN auch in Zukunft ihre Verbindung zur Landtagsfraktion nutzen, um die weitere Entwicklung des Einsatzes von Deeskalationsstrategien in Dortmund aufmerksam beobachten zu lassen.